

Zur Zeit

Im Kampf gegen den Hunger: Die Aktion MISEREOR und ihre Verwendung – 1. Minimaler Aufwand zur Verteilung – Die Gefahr der Direkthilfen: Schaffung einer Bettlermentalität – das Beispiel Indien und USA – Helfen, sich selbst zu helfen – die Schwerpunktprogramme – die rechten «Projektträger» – überkonfessionell – selbstlos – 2. Der praktische Weg: die zinslosen Darlehen – Ein Überblick – Die Hilfen der beiden letzten Sitzungen – Das Fastenopfer von 1960!

China

Zehn Jahre Volksdemokratie: Januar 1949 und Oktober 1959 – Die notwendig starke Regierung und unbestechliche Beamtenschaft – Erste Erfolge – Enttäuschung 1957 – Rußland versagt – Versuche mit Volkskommunen – Ein Wirtschaftswunder 1958 und seine Fehler – Un-

sicherheit und ideologische Richtungskämpfe – Der Widerstand der Natur des Menschen – Rückzieher – Die Unzufriedenheit – Bilanz.

Naturwissenschaft

Eine moderne Auffassung der Evolution: 100 Jahre nach Darwins «Ursprung der Arten» – Negative und positive Seiten der ersten Kampfzeiten – Wichtige Unterscheidungen – Entwicklung – Paläontologie – Man soll nicht Theorien erfinden, um Tatsachen zu beweisen – Nicht das ist Frage: fand Entwicklung statt? – Wohl aber fragt es sich: «Wie kam Entwicklung zustande?» – Verschiedenheit und Kontinuität zwischen Anfang und Ende – Ein Fossil gleicht einem Schnappschuß – Regeln zur Beurteilung – Das Problem der Kontinuität – Besondere Schwierigkeiten einzelner Gruppen: die Wirbellosen – ungünstige Faktoren zur Erforschung der menschlichen Entwicklung – Eine Tabelle und ihre Erklärung.

Kuba

Vom Freiheitshelden zum Kerkermeister?: Warum noch einmal Kuba? – Kennzeichen der kubanischen Revolution – Fidel Castro ein menschlicher Christus? – Ein Staatsmann regiert durch die Television – Immer mehr ein Willkürregime – Castro und der Kommunismus: bedenkliche Daten – Die «Latinoamérica» zur Agrarreform – Castro ein intelligenter Verrückter? – Die Kirche in ihrem Urteil geteilt – Der «Romantiker auf dem Thron» – Kubas Revolution ein Fanal für ganz Südamerika – Die Zeit der sozialen Hirtenbriefe vorbei – Kubas Revolution ein abschreckendes Beispiel.

Ex urbe et orbe

Zu Titos Verständigungsbereitschaft mit der Kirche – Eine Pressemeldung zum freundlichen Empfang des «Bundes slowenischer Priester» – Erlebnisberichte.

Zur Fastenaktion der deutschen Katholiken

Zu Beginn der Fastenzeit des letzten Jahres riefen die katholischen Bischöfe Westdeutschlands die Gläubigen zu einem Fastenopfer auf, dessen Ertrag zum Kampf gegen Hunger und Krankheit in der Welt verwendet werden sollte. Als Sprecher des Episkopates machte es Kardinal Frings von Köln in einem eindringlichen Hirtenbrief klar, daß es sich bei dieser Aktion MISEREOR nicht um irgend eine der auch in deutschen Kirchen häufigen Kollekten handeln solle. Es gehe darum, dem Fasten einen neuen Sinn zu geben. Jeder solle also während der ganzen Fastenzeit im Geiste der Buße auf irgend einen Genuß nicht einmal, sondern immer wieder verzichten, um mit einem spürbaren Opfer den notleidenden Brüdern in den unterentwickelten Ländern helfen zu können.

Mit erstaunlicher Geschlossenheit stellten sich die Organisationen und Verbände der deutschen Katholiken, die katholischen Zeitungen und Zeitschriften in den Dienst der Aktion. Mit deutscher Gründlichkeit wurde die Öffentlichkeit aufgeklärt. Die Schilderungen des Weltelendes durch manchmal etwas krasse Bilder und mit möglichst konkreten Tatsachen und Statistiken erzielten geradezu eine Schockwirkung auf ein Volk, das sich noch der eigenen Not und des selbsterlebten Hungers erinnerte, in kurzen Jahren aber einen wirtschaftlichen Aufschwung ohnegleichen mitgemacht hatte. In kurzen Abständen wurden als Resultat der Sammlung 10, 22, 32 Millionen und schließlich das Endergebnis mit DM 35 Millionen bekanntgegeben. Eine wirklich einmalige Spende, die in der Sprache des Sportes als Rekord bezeichnet werden müßte!

Die Verteilungsorganisation

Die unerwartet hohe Summe, die der katholische Volksteil Westdeutschlands als Fastenopfer gespendet hatte, stellte die Organisatoren MISEREOR vor schwierige Aufgaben. Um eine sorgfältige, zweckmäßige Verteilung dieser wirklich großen Beiträge zu gewährleisten, wurde ein «Bischöfliches Werk» geschaffen. Über die Richtlinien der Hilfe und die einzelnen Zuwendungen entscheidet eine Kommission. Ihr gehören unter dem Vorsitz von Kardinal Frings von Köln der Erzbischof von Freiburg und die Bischöfe von Aachen, Essen und Eichstätt an. Eine Geschäftsstelle in Aachen (Friedlandstraße 2) unter Leitung von Prälat G. Dossing, dem früheren Generalsekretär der Päpstlichen Missionswerke in Deutschland, leistet die praktischen Arbeiten, vor allem das Einholen, die Sichtung, die Überprüfung und die Vorlage der «Projekte». Ein Beirat beurteilt zu Handen der Bischofskommission die so vorbereiteten Hilfsgesuche. Es mag diese Organisation zunächst etwas kompliziert erscheinen. Tatsächlich wird aber mit einem staunenswert kleinen Stab eine Fülle von Arbeit geleistet, die unumgänglich notwendig ist, wenn die vom katholischen Volk so hochherzig gespendeten Opfer gerecht und vor allem auch nützlich eingesetzt werden sollen. Die gesamten Kosten für die Verwaltung des Fastenopfers betragen 1959 nicht einmal ein Prozent des zur Verfügung stehenden Betrages.

Grundsätze der Verteilung

In ihrem Hirtenschreiben hatten die Bischöfe mitgeteilt, daß das Fastenopfer an einer Sitzung im Monat Mai verteilt werden sollte. Ganz offensichtlich hatten auch sie nicht mit einer

Spende von 35 Millionen gerechnet. Vielleicht war man anfänglich auch zu sehr in der Vorstellung befangen, daß die Spende zum Ankauf von Lebensmitteln, Kleidern, Decken, Medizinen usw. verwendet werden würde, um sie in sogenannten Direkthilfen an Hungernde, Kranke, Flüchtlinge und Arme in aller Welt zu verteilen. Oder man dachte noch allenfalls an den Bau und die Ausstattung von Spitälern, Armenheimen, Waisenhäusern, vielleicht auch an Landwirtschafts- und Handwerkerschulen. In diesem Geiste wurden Fragebogen über entsprechende Bedürfnisse zunächst an deutsche Missionare und Missionsschwestern versandt.

Sobald aber die ersten Antworten einliefen und schnell auch von hier und dort Bittbriefe einheimischer Bischöfe oder von Missionaren anderer Nationalität in der Geschäftsstelle des Werkes MISEREOR eintrafen, stellte es sich heraus, daß die meisten Projekte näherer Abklärung bedurften, sofern das Fastenopfer sinnvoll und womöglich mit einem Maximum an Erfolg eingesetzt werden sollte. Der Bau eines Waisenhauses z. B. hat nur dann einen Sinn, wenn die Betriebskosten für den Unterhalt und die Erziehung der Kinder gesichert sind. Die Ausstattung einer Handwerkerschule ist nur dann nützlich, wenn auch entsprechende Lehrkräfte vorhanden sind. Die Erfüllung von Wunschträumen bietet in sich keine Gewähr, daß damit notleidenden Menschen wirklich geholfen wird.

Immer mehr rang sich dann auch die Erkenntnis durch, daß Direkthilfen wie Lebensmittelspenden keinen Dauererfolg gewährleisten und manchmal sogar den Sinn der Hilfe geradezu ins Gegenteil verkehren. Sie können im empfangenden Menschen auf die Dauer eine «Bettlermentalität» schaffen und sie daran gewöhnen, sich auf andere zu verlassen, anstatt sich selbst zu bemühen. Auf die Dauer aber kann ein Volk nur aus seinen eigenen Menschen gesunden. Direkthilfen überbrücken im besten Fall eine augenblickliche Not, beheben aber nicht die Wurzeln und Ursachen des Elends. Sie sind im Falle unverschuldeter Katastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen, Taifune, Hungersnöten infolge von Dürre notwendig und deshalb gerechtfertigt. Sie sind aber keine wünschenswerte Form des Kampfes gegen Hunger und Krankheit unter normalen Verhältnissen. So hat zum Beispiel Indien im Jahre 1950 dankbar die von den USA angebotene Hilfe in Form von Lebensmittelspenden aus sogenannten Überschußgütern (Weizen, Mais, Milchpulver usw.) angenommen. Heute gibt man sich in Regierungskreisen aber Rechenschaft, daß die nun seit Jahren – gewiß mit bester Absicht – durchgeführte Verteilung von Millionen von Tonnen solcher Lebensmittel auch seine Nachteile hat: Sie gibt Anlaß zu vielen Mißbräuchen, sie lähmt den Willen zur Selbsthilfe und sie beleidigt schließlich irgendwie das nationale Selbstbewußtsein. Wie dem auch sei, es gibt sicher bessere Arten der Hilfe.

Das Werk MISEREOR lenkte nach den ersten Erfahrungen bald auf eine Linie ein, die bei der Berücksichtigung von Eingaben strukturellen Hilfsmaßnahmen den Vorzug gab. Die Hilfe der deutschen Katholiken soll den notleidenden Bewohnern der Entwicklungsländer «helfen, sich selbst zu helfen». Sie soll immer mehr nicht nur die Folgen, sondern die Ursachen von Hunger und Krankheit bekämpfen, das Übel nicht überbrücken, sondern womöglich ausrotten. Das besagt aber auch, daß dem Kampf gegen Hunger und Unterernährung das Primat gebührt, da diese die Ursachen sehr vieler Tropenkrankheiten sind.

Schließlich fordert ein maximaler Einsatz der Mittel auch, daß diese nicht verzettelt werden, sondern daß sie – nicht ausschließlich, aber doch zu einem wesentlichen Teil – in sogenannten «Schwerpunktsprogrammen» konzentriert eingesetzt werden. Durch diese wird in einem bestimmten Gebiet versucht, durch eine Reihe sich gegenseitig stützender und ergänzender Maßnahmen einen durchgreifenden Erfolg zu er-

zielen. Angesichts der unermesslichen Not einer Welt, in der zwei Drittel der Menschen unterernährt erscheinen, muß das Bischöfliche Werk ohnehin eine Auswahl treffen. Es ist sein gutes Recht, solche Schwerpunkte dort zu bilden, wo es an Ort und Stelle «Projektträger» findet, deren Tüchtigkeit und Verlässlichkeit ihm die besten Garantien für einen schnellen, zielbewußten und wirksamen Einsatz der ihm anvertrauten Gelder bieten. Es freut mich, hier aus unmittelbarster Kenntnis der Verhältnisse sagen zu dürfen, daß dabei die Nationalität der Projektträger überhaupt keine Rolle bei der Auswahl großer und größter Hilfsmaßnahmen spielt. Selbstverständlich werden deutsche Missionare gerne unterstützt. Unter den Empfängern der größten Spenden finden sich aber auch Belgier, Franzosen, Holländer, Inder, Koreaner usw.

- Als ein katholisches Werk stand MISEREOR von Anfang an in Verbindung mit katholischen Projektträgern in den Entwicklungsländern, praktisch mit Missionaren, Missionsärzten oder Organisationen kirchlicher Prägung. Von diesen darf das Werk Loyalität, Selbstlosigkeit und Einsatzbereitschaft in seinem Sinn erwarten. Die Hilfe aber, die durch diese Vertrauensleute des Werkes geleistet wird, soll grundsätzlich nicht ausschließlich Christen zugute kommen oder gar im Sinne eines engherzigen Proselytismus verwendet werden.

Anspruch auf Hilfe hat der Mensch in Not, ohne Unterschied der Rasse, der Kaste oder der Religion.

Ein typisches Beispiel dafür ist unter vielen andern die Bereitstellung von einer Million DM für ein Aussätzigen-Zentrum des Missionsärztlichen Institutes von Würzburg. Es soll in Zusammenarbeit mit dem bekannten belgischen Spezialisten *Dr. Hemerjiks* einen ganzen südindischen Distrikt von der Seuche des Aussatzes zu befreien suchen. Neunzig und mehr Prozent der dortigen Aussätzigen sind Hindus und Mohammedaner.

Das Werk MISEREOR will aus christlicher Verantwortung selbstlos helfen ohne jede kurzfristige Spekulation auf unmittelbare Bekehrungen. Diese Einstellung allein gibt die Gewähr, daß die indische und wohl auch andere Regierungen ihr Einverständnis geben und wo nötig ihre Mitarbeit anbieten werden. Schließlich geht es ja nicht darum, den Entwicklungsländern Hilfe aufzudrängen, sondern diese dafür zu gewinnen, daß sie sich von uns helfen lassen. Es besteht für den Einsichtigen auch kein Zweifel darüber, daß diese Art von Hilfe wahrhaft christlicher Caritas besser entspricht – und darum auch von Gott mehr gesegnet wird.

Wie sind nun die 35 Millionen verteilt worden?

Nach Weisungen der Bischofskommission bearbeitet, wie gesagt, eine Geschäftsstelle in Aachen die Hilfsanträge, die entweder direkt an sie gelangen oder auf Grund von Erhebungen an Ort und Stelle durch eigene Experten vorgeschlagen werden. Jeder Antrag wird einer gründlichen Prüfung unterzogen, ob er einer wirklichen Notlage entspricht, ob er sowohl von der finanziellen wie der personalen Seite durchführbar erscheint, ob er durch die zweckgebundenen Gelder der Aktion unterstützt werden kann usw. Ist dieser Tatbestand genügend abgeklärt, so wird die gewünschte und auf ihr richtiges Maß – nach oben oder nach unten – festgesetzte Hilfe in der Regel nicht einfach geschenkt. Nach dem Grundsatz, zur Selbsthilfe anzuregen, erwartet das Werk MISEREOR besonders bei den strukturellen Hilfen eine bestimmte Eigenleistung des Antragstellers oder Projektträgers. Der Hilfsbeitrag wird dann teilweise als zinsloses Darlehen und teilweise als Schenkung gegeben. Solange dieser Leitsatz biegsam genug den Umständen der einzelnen Projekte angepaßt wird, bietet eine solche Regelung sicher eine gesunde Art der Zusammenarbeit. Die Ge-

währung von Darlehen mag zunächst etwas überraschen und hat tatsächlich auch manche Bittsteller überrascht. Sie ist aber das beste Kriterium, um den Ernst eines Antrages zu überprüfen.

Es ist klar, daß unter solchen Voraussetzungen eine gewisse Anlaufzeit verstreichen mußte, bevor das Bischöfliche Werk größere Spenden ausbezahlen konnte. Wurden in den ersten Sitzungen vor allem kleinere Direkthilfen gebilligt, so gelangten im Laufe der letzten Monate ganz bedeutende Beträge zur Auszahlung. Bis zum 20. Dezember ergab sich folgende Verteilung:

	I	II
	Bereits zugeteilt: In Verplanung:	
Nach geographischen Räumen:		
a) selbständige Länder Afrikas	1,9 Mill.	0,25 Mill.
b) westafrikanische abhängige Gebiete und Belgisch-Kongo	1,5 Mill.	0,9 Mill.
c) ostafrik. abhängige Gebiete	7,5 Mill.	1,0 Mill.
d) Vorderer Orient	0,43 Mill.	0,1 Mill.
e) Indien und Pakistan	4,0 Mill.	2,8 Mill.
f) Ferner Osten	3,6 Mill.	4,2 Mill.
g) Lateinamerika	0,5 Mill.	1,5 Mill.
h) Südeuropa	0,04 Mill.	0,25 Mill.
i) überregionale Maßnahmen	0,53 Mill.	0,5 Mill.
	<u>20,0 Mill.</u>	<u>11,5 Mill.</u>
Nach Maßnahmen:		
a) Direkt- und Katastrophenhilfen, caritative Maßnahmen	2,5 Mill.	0,08 Mill.
b) Gesundheitswesen	5,6 Mill.	3,5 Mill.
c) Verbesserung der Lebensgrundlage durch strukturelle Maßnahmen	4,5 Mill.	6,0 Mill.
d) Kombinierte Hilfen aus b) u. c) (Schwerpunktbildung)	7,3 Mill.	1,42 Mill.
e) Personalhilfe	0,1 Mill.	0,5 Mill.
	<u>20,0 Mill.</u>	<u>11,5 Mill.</u>

Diese Übersicht weist zwei Gruppen von Hilfen auf:

Unter I) bereits zugeteilte Hilfen (d. h. die Hilfsmaßnahmen sind bereits durchgeführt oder werden derzeit durchgeführt) und unter II) in die Verplanung aufgenommene Hilfen (d. h. diese Maßnahmen werden derzeit vorbereitet, wobei eine ins einzelne gehende Entscheidung der Bischöflichen Kommission noch erfolgen muß).

Bei größeren Maßnahmen, die sich über längere Zeiträume erstrecken (etwa Bau und mehrjährige Unterhaltung von Krankenhäusern u. ä.) sind die bewilligten Beträge verständlicherweise noch nicht sämtlich ausbezahlt. Der verbleibende kleine Restbetrag ist vorläufig noch als Reservé gedacht.

In den beiden letzten Sitzungen vom Dezember und Januar wurden im ganzen 9 326 452.— DM bewilligt. Davon waren

► Direkthilfen DM 362 540.—

Es handelt sich vorwiegend um Hilfen in Katastrophenfällen, z. B. für die Opfer einer Überschwemmung bei Surat (Indien), der Ölvergiftung in Marokko, für tibetanische Flüchtlinge in Indien, für die Opfer der Bergwerkkatastrophe in Süd-Afrika u. a.

► Gesundheitswesen DM 3 382 130.—

Darunter sind: Errichtung bzw. Vollendung von Krankenhäusern, Dispensaries und Maternities: 6 in Tanganjika, 8 in Niassaland, 3 in Südafrika, 1 in Jordanien, 1 in Brasilien, 1 in Pakistan, 5 in Indien, 1 in Japan, 1 in Korea. Ausbau der Krankenpflegeschule in Likuni (Niassaland); Einsatz von Augenspezialisten in Saigon (Vietnam); Errichtung, Ausbau und Unterhalt von Aussätzigenstationen: 4 in Vietnam, 2 in Indien, 2 in Niassaland, 1 auf den Philippinen.

► Strukturelle Maßnahmen DM 1 319 125.—

Zur Verbesserung der Ernährungslage und Lebensweise durch Gestellung von Vieh, Saatgut und Gerät, Ausbildungsmaßnahmen auf landwirtschaftlichem, hauswirtschaftlichem und handwerklichem Gebiet in Indien, Vietnam, Süditalien, Südafrika. Landwirtschaftliche und handwerkliche Ausbildungsmaßnahmen in sechs Gebieten Afrikas.

► Ausschließlicher Personaleinsatz DM 66 600.— in Britisch-Ostafrika.

► Kombinierte Maßnahmen aus 1-4: DM 3 875 057.

Hier wurden Schwerpunktprojekte endgültig genehmigt, die jeweils eine Verbesserung der Ernährungs- und Gesundheitslage durch eine Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen anstreben. Diese Maßnahmen sind zugleich Pilotprojekte, d. h. sie sollen mit einer gewissen Beispielhaftigkeit wirken und in besonderem Maße die einheimische Bevölkerung selbst zu einer Verbesserung ihrer Lebenslage anregen. Darunter sind:

a) Das Mwanza-Projekt (Nordtanganjika). Das Projekt enthält u. a. den Ausbau von 3 Krankenhäusern, die Errichtung von 2 Krankenhäusern und eines Tbc-Zentrums, Ausbildung von Krankenschwestern, Hebammen und Fürsorgerinnen, eine systematische hygienische Betreuung und Anleitung der Bevölkerung, ein Wasserbeschaffungsprogramm, landwirtschaftliche, hauswirtschaftliche und handwerkliche Anleitung.

b) Projekt Nord-Kamerun. Hier handelt es sich um Hilfsmaßnahmen, die in Zusammenarbeit mit einem Kreis französischer Katholiken (Centre de Cooperation) vorwiegend durch ein Team, bestehend aus 1 Arzt, 1 Landwirtschaftsingenieur, 1 Meisterlandwirt, 1 Hebamme, 1 Fürsorgerin und 1 Lehrer, versuchen, die Bevölkerung in einem Gebiet Nord-Kameruns (Mayo Ouldeme) zu einer besseren Ernährungslage und Gesundheitssituation zu führen. Damit verbunden ist entsprechende Lieferung von Saatgut, Vieh, Gerät u. ä.

Nach Ländern entfallen von den bewilligten Summen der beiden letzten Sitzungen:

auf Nordafrika	DM 167 700.—
auf Französisch-Westafrika	DM 311 187.—
auf Britisch-Ostafrika	DM 4 013 920.—
auf Süd- und Südwest-Afrika	DM 740 000.—
auf Brasilien	DM 85 000.—
auf Jordanien	DM 80 000.—
auf Indien	DM 807 500.—
auf Pakistan	DM 230 000.—
auf Japan	DM 420 700.—
auf Vietnam	DM 346 395.—
auf Korea	DM 450 000.—
auf Indonesien	DM 1 622 050.—
auf die Philippinen	DM 5 000.—
auf Süditalien	DM 27 000.—
auf Sonstige	DM 20 000.—
insgesamt	<u>DM 9 326 452.—</u>

Nachdem für die Sitzung der Bischöflichen Kommission anfangs März Projekte aus Indien im Betrag von rund sechs Millionen und andere für Korea vorbereitet sind, dürften die Einnahmen der Aktion 1959 bis auf eine kleine Reserve erschöpft sein.

Unterdessen sind die Vorbereitungen für das Fastenopfer 1960 in vollem Gang. Wiederum rufen die katholischen Bischöfe Deutschlands zu einer hochherzigen Spende auf. Manche Beobachter neigen zum Zweifel, ob die diesjährige Sammlung ein gleiches Ergebnis zeitigen wird. Sie weisen darauf hin, daß in den letzten Monaten und Wochen sowohl der protestantische Kirchenbund als auch die Genossenschaften ähnliche

Sammlungen durchgeführt haben. Es könnte also eine gewisse Verteilung der Gelder, besonders aus Wirtschaftskreisen, damit stattgefunden haben.

Hoffentlich haben diese Pessimisten nicht recht. Menschen in aller Welt, Menschen in wachsender Not schauen heute voll Hoffnung auf das christliche Deutschland. Es wäre wirklich schade, wenn sie enttäuscht würden, weil die deutschen Katholiken Angst vor ihrem eigenen Mut bekommen hätten. Wer einmal Großes getan hat, kann nur mit einem noch grö-

Zehn Jahre volksdemokratisches China

Am 1. Oktober 1959 defilierten bei der «Pforte des himmlischen Friedens» in Peking 700 000 Menschen an Mao Tse-tung und Chruschtschow vorbei unter dem Donner der Kanonen, dem Dröhnen der Flugzeuge und dem Jubelruf der Zuschauer.

Im Januar 1949 war die siegreiche Rote Armee in die Stadt eingezogen zwischen schweigenden Volksmassen. Aber am 1. Oktober wurde die Ausrufung der Volksrepublik begrüßt mit Begeisterung.

Das neue Regime stützte sich auf erprobte Parteikämpfer, ein mächtiges diszipliniertes Heer und die Sympathie der intellektuellen Kreise. Es konnte auf eine freundschaftliche Haltung des Volkes rechnen, das ausgehungert war, müde von der 50jährigen Unsicherheit und nach Arbeit verlangte. Aus dem Schutthaufen ist durch das Regime eine neue Ordnung entstanden. Es hat China die dringend notwendige starke Regierung und eine unbestechliche Beamtenschaft gegeben. Es führte das Land mit unerbittlicher Festigkeit auf den Weg der Größe und des Erfolges.

Mao Tse-tung konnte die russischen Erfahrungen bei seinem Vorgehen verwerten. Am Anfang geschmeidige Tätigkeit, um die Ruinen zu beseitigen, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen und die früheren Kader aufzubauen. Er organisiert die Bodenverteilung, die Überwachung der Privatunternehmen, aber mit einer gewissen Zurückhaltung. Allen, die sich aufrichtig dem Regime anschließen, wird Amnestie versprochen. Im Dezember 1952 haben Industrie und Handel ihr Vorkriegsniveau wieder erreicht. Das erlaubt jetzt, den ersten Fünfjahrplan zu verkünden mit dem Hauptgewicht auf der Schwerindustrie und die Kollektivierung zu beginnen, die im Dezember 1956 abgeschlossen wird.

Brutales Aufwachen aus diesen Zukunftsplänen im Winter 1957: Die Rohstofflager sind erschöpft, die Ernten ungenügend, die Kassen leer. Rußland zeigt keine große Bereitschaft für neue Darlehen. Von den 210 versprochenen Industrierwerken sind nur 28 geliefert worden. Mao Tse-tung beschließt, alle Arbeiten, die nicht für die Versorgung des Landes unbedingt notwendig sind, abbrechen zu lassen. Im Oktober stellt er auf der Tagung des Zentralkomitees der Partei einen neuen rein chinesischen Plan auf.

Ohne Hilfe von außen soll ein gewaltiger «Sprung nach vorn» getan werden in der Getreide-, Baumwolle-, Stahlerzeugung, so daß zugleich die Lebensbedürfnisse des Volkes befriedigt werden und für die finanziellen und technischen Notwendigkeiten des industriellen Aufschwungs gesorgt wird. Die Maschinen fehlen zwar, aber dafür hat man überreichliche menschliche Arbeitskraft zur Verfügung. Von Oktober bis Dezember entfaltet man eine Bewegung der Rückkehr aufs Land, um Millionen von Beamten, Angestellten, Schriftstellern, Lehrern, Studenten und Vagabunden dort ein-

berer Einsatz vor Gott, vor der Welt und vor sich selber bestehen. Sicher haben Tausende im letzten Jahr Opfer gebracht, die sie einfach nicht wiederholen können. Tausend andere aber sind aufgerufen, an deren Stelle zu treten und es ihnen gleichzutun!

Wir satten Schweizer aber wollen für unser eigenes Missionsjahr 1960/61 – wie die Österreicher und andere Nationen – vom Beispiel der deutschen Katholiken lernen.

Felix A. Plattner

zusetzen. Ein im Dezember erlassenes Dekret führt die Leibeigenschaft der Bauern ein, die wieder an den Boden gebunden werden, es sei denn, die Regierung weise ihnen andere Arbeiten in irgend einem Teil des ungeheuren Landes an. Im Frühjahr werden die ersten Versuche der Volkskommunen gemacht, und ihre Anwendung auf das ganze Land wird am 10. September 1958 dekretiert. Jede Volkskommune umfaßt im Durchschnitt 5000 Familien, die in militärischen Arbeitsbrigaden zusammengefaßt sind, unter der Führung eines Leiters (Parteimitglieds), der auf seinem Gebiet die Totalität aller landwirtschaftlichen, industriellen, handwerklichen, erzieherischen und sogar häuslichen Tätigkeiten bestimmt.

Ein Wirtschaftswunder scheint sich abzuzeichnen. Im Laufe des Jahres 1958 soll die Getreideerzeugung von 185 auf 375 Millionen Tonnen, die der Baumwolle von 1 640 000 auf 3 320 000 und die des Stahls mit Hilfe der 70 000 Dorf-Hochöfen von 5 350 000 auf 11 080 000 Tonnen gestiegen sein.

Eine Begeisterungswelle geht über ganz China. Sie sticht von der Zurückhaltung der UdSSR ab, die mit Mißtrauen den Versuch ihres Partners, sich von ihrer Hilfe zu befreien, beobachtet und die Richtigkeit der verkündeten Resultate anzweifelt. Und mit Recht. China muß zugeben, daß die Kommunen bei ihren Anstrengungen lebensnotwendige Aufgaben vernachlässigt haben, wie Gemüseanbau, Schweinezucht, die Herstellung von Haushaltgegenständen. Der in den primitiven Dorf-Hochöfen hergestellte Stahl ist wertlos. Die korrigierten offiziellen Statistiken müssen zugeben, daß 1958 nur 250 Millionen Tonnen Getreide und nur 1,2 Millionen Tonnen Baumwolle erzeugt wurden. Noch bitterer ist das Eingeständnis, daß die vielgerühmten Kommunen eher hindernd als fördernd auf die Produktion gewirkt haben.

Die Unsicherheit der errichteten Struktur ist ein wesentliches Merkmal des Regimes. Dazu kommen ideologische Richtungskämpfe, die periodisch alle Bevölkerungsschichten, Parteimitglieder nicht ausgenommen, erfassen. 1952, 1955 und 1957/58 sind Stunden und Monate vergeudet worden durch nicht endenwollende Versammlungen, die jede persönliche Energie brechen durch Denunziationen und Selbstanklagen, die die Kader dezimieren. Wenn die wirtschaftlichen Fortschritte (auch wahrheitsgemäß eingeschätzt) staunenswert sind, so wurde ihre Auswertung doch immer wieder durch diese ewigen Unruhen behindert. Paradoxerweise beruhen diese nur auf ideologischen Forderungen; das seinem Wesen nach allwissende Regime verlangt die unbedingte Unterwerfung der Geister und schließt jeden anderen Heilsweg als die allgemeine Kollektivierung aus. Weil seine Vorausberechnungen durch den Widerstand der Natur und der Menschen widerlegt werden, muß es die Tatsachen der Ideologie anpassen.

Deshalb sein pausenloser Kampf gegen die Religion, seine Unterdrückung der Kultur. Die intellektuelle Elite, die am Anfang mit ihm sympathisierte, wird jetzt als systemfeindlich verfolgt, und dem Regime fehlen daher die notwendigen Forscher und Techniker. Auch die Künstler, die so viel zum Ruhme Chinas beigetragen haben, befinden sich in der selben

Zwangslage. In den Schulen und Universitäten sinkt das Niveau beständig, so daß die offizielle Volkszeitung kürzlich einen Alarmruf veröffentlichten mußte. Die Regierung war gezwungen, teilweise nachzugeben. Sie befiehlt den Leitern der Kommune, auf das Familienleben mehr Rücksicht zu nehmen, ihnen, den Familien, ein Stück Land zu überlassen und mehr Freizeit für die Haushaltung und die handwerklichen Arbeiten zu geben. Die Dorf-Hochöfen werden aufgegeben und das landwirtschaftliche Plansoll auf eine vernünftige Höhe angesetzt, aber zugleich wird an den Prinzipien festgehalten und ein Kampf gegen die neue ideologische Rechtsabweichung geführt, d. h. gegen den Parteiflügel, der menschlichere Methoden und vernünftigere Planung verlangt.

Ohne Zweifel, die Volksrepublik hat jedem Chinesen das Lebensminimum an Kleidung und Nahrung verschafft, und das ist ein sicherer Fortschritt. Sie hat dem Land einen wirtschaftlich sichtbaren Aufschwung verschafft und hat es zu einer Weltmacht auf der internationalen Weltszene gemacht. Aber im Lande selbst wächst die allgemeine Unzufriedenheit, die sich offen zeigte in der Tauwetter-Periode, in allen Volkskreisen, bei den Bauern, Arbeitern, Intellektuellen und beim Militär. Der Eifer der zahlreichen Parteikämpfer, die militärische Beherrschung des ganzen Landes, das lückenlose Kontrollsystem auch des Geistes, wie auch der nationale Stolz scheinen dem Regime eine gewisse Stabilität zu geben.

Ch. Couturier

EINE MODERNE AUFFASSUNG DER EVOLUTION

Vor 100 Jahren erschien die erste Ausgabe von Darwins Werk über den «Ursprung der Arten». Dieses Buch wurde rasch zum Zentrum einer meist fruchtlosen Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe von Materialisten und ihren Gegnern. Die Materialisten mißverstanden und mißbrauchten ohne Zweifel Darwins ursprüngliche Idee. Ihre Gegner aber bestritten die Gültigkeit einer materialistischen Auslegung der Entwicklung nicht aus naturwissenschaftlichen, sondern aus theologischen und moralischen Überlegungen. Sie setzten sich so grimmig zur Wehr, daß sie sogar offene Tatsachen ihrer These zuliebe bestritten. Die Kontroverse wurde mit viel Leidenschaft und Vorurteilen auf beiden Seiten ausgetragen. Das war unwissenschaftlich und unglücklich dazu.

Was die Auseinandersetzung eigentlich auslöste, ist schwer zu sagen. Ich habe nicht die Absicht, über diese Frage erklärende Hypothesen vorzutragen. Sicher ist, daß Darwins Interpretation der Entwicklung, d. h. der Entwicklung durch natürliche Auswahl, eine ursprüngliche Idee war, die auch Vieles implizit enthielt, was Darwin selber nicht als sehr wichtig erachtete, da es außerhalb seines aktuellen Interesses lag. Die ursprüngliche Idee – ein äußerst vernünftiger Versuch, ein großes Geheimnis der Natur zu lösen – verrät einen großen Geist. Ihre Konsequenzen erwiesen sich aber für viele als Fallgruben, denn sie lösten den neuen Einfall aus seinem rein naturwissenschaftlichen Zusammenhang, verstanden ihn alsbald falsch oder mißbrauchten in gar.

Die Auseinandersetzung hatte aber auch einen positiven Wert. Sie machte Darwins Idee über die Entwicklung in der ganzen Welt bekannt. Sie erwies sich auch als große inspirierende Kraft für viele außerordentlich fähige Naturwissenschaftler. Paläontologie, vergleichende Anatomie, Vererbungslehre und viele andere Zweige der Biologie begannen aufzublühen, informierten uns über eine Fülle von Einzelheiten und verwandelten langsam die Hypothese der Entwicklung in eine gesicherte und zudem zentrale Theorie der Biologie.

Wenn man über Entwicklung schreibt, ist es gut, zunächst einige Unterscheidungen anzubringen. Vor allem sei bemerkt, daß Fragen wie: «Glauben Sie an die Entwicklung?» oder «ist die Entwicklung bewiesen?» viel Verwirrung stiften. Die Erforschung der Entwicklung ist eine historische Wissenschaft. Entwicklung ist ein dynamischer Vorgang, der sich in Raum und Zeit abspielt. Die fossilen Reste sind die «geschriebenen Dokumente» dieser Ereignisse. Wir haben heute eine große Zahl solcher fossiler Urkunden. Die meisten von ihnen sind fein säuberlich klassifiziert und datiert. Obwohl sie noch lange nicht so vollständig vorliegen, wie man es sich wünschte, geben sie uns doch ziemlich genaue Auskunft über die Änderungen, die in der Pflanzen- und Tierwelt dieser Erde stattfanden. Fossilien bilden das Geschichtsbuch der Erde. Ihre Aussage

ist klar: die lebenden Organismen sind keine unveränderlichen Wesen.

Veränderungen sind im Geschichtsbuch der Natur verzeichnet. Paläontologie ist eine Sammlung diesbezüglicher historischer Aufzeichnungen. Nicht Glaube oder Nichtglaube entscheiden über ihre Annahme oder Verwerfung, sondern ihr objektiver Wert, ihre Echtheit. Persönlich betrachte ich einen fossilen Überrest als weit objektiver als das meiste an vertrauenswürdigen, geschriebenen Dokumenten in der menschlichen Geschichte; denn wenigstens im Prozeß der «Niederschrift» (der Fossilisation) gibt es kein subjektives Element. Der Einwand, Fossile werden ja bloß zufällig gefunden, vermindert ihre Objektivität nicht, eher im Gegenteil, falls die Zufälligkeit durch die große Zahl und die bis ins einzelne gehende Vollständigkeit der Funde aufgewogen wird, was oft der Fall ist.

Man sollte nicht Theorien erfinden, um Tatsachen zu beweisen. Ist einmal eine Tatsachenevidenz gegeben, so kann keine Theorie die Existenz dieser Tatsachen beweisen oder abstreiten. Tatsachen gegenüber ist die einzig vernünftige Haltung, sie anzunehmen. Keiner versucht zum Beispiel theoretisch zu beweisen, daß es einen Zweiten Weltkrieg gab. Seine unzweifelhafte historische Realität bedarf keiner theoretischen Beweise. Im selben Sinne bedeuten die durch zahllose Fossilien bezeugten Änderungen ein ähnliches, historisches Faktum. Es ist zum Beispiel ein Faktum, daß die Tierwelt der Karbonzeit sich von der des Kambriums oder des Tertiärs stark unterscheidet, die ihrerseits der Fauna unserer Zeit nicht gleichen. Wir haben keine Dinosaurier mehr, während damals im Karbon oder Perm keine eigentlichen Vögel existierten und im Kambrium nicht einmal Wirbeltiere. In diesem Sinne wage ich die Behauptung, daß fossile Spuren historische Beweise der Veränderungen sind, deren Gesamtheit wir Entwicklung nennen. Daher hat der Begriff der Entwicklungstheorie es nicht mit der Existenz der fossil aufgezeichneten Änderungen zu tun, sondern mit den nicht aufgezeichneten, von der Naturwissenschaft erdachten Mechanismen der Entwicklung, die die Tatsachen erklären sollen. Mit andern Worten: die Frage lautet nicht «fand Entwicklung statt?», da ja die Änderungen im Laufe dieser Entwicklung im paläontologischen Material aufgezeichnet sind, sondern «wie kam Entwicklung zustande?». Ebenso kann die Frage «ist die Entwicklung bewiesen?» nur meinen: «Gibt es eine annehmbare Erklärung, einen Mechanismus der Evolution, der über diese gewaltigen Änderungen, die im paläontologischen Material aufgezeichnet sind, genügend Rechenschaft gibt?» Es ist unnötig zu sagen, daß die Brauchbarkeit oder die Unbrauchbarkeit einer ursächlichen Erklärung der Entwicklung in keiner Weise ihre Tatsächlichkeit beweist oder aufhebt.

Die stammesgeschichtlichen (phylogenetischen) Änderungen, wie sie in den zahlreichen Fossilien aufgezeichnet sind, verlangen einige weitere Überlegungen. Die Änderungen, über die ich rede, zeigen zwei entscheidende Merkmale: das eine ist Verschiedenheit, das andere Kontinuität zwischen Anfang («terminus a quo») und Ende («terminus ad quem») eines Abschnitts im Prozeß der Entwicklung. Ein Fossil gleicht einem Schnappschuß von etwas Bewegtem. Ein solcher Schnappschuß hat natürlich Nachteile, denn er zeigt den Dynamismus einer Bewegung in einem unbewegten Bild. Es ist wie das Rekonstruieren der Fahrt eines Autos aufgrund von Aufnahmen, die an verschiedenen Punkten der Fahrt gemacht wurden. Um nun imstand zu sein, solche Fahrten zu rekonstruieren, müssen folgende Punkte beachtet werden:

1. Man muß sicher sein, daß es sich an den verschiedenen Punkten um dasselbe Objekt handelt;
2. die Tatsache, daß dasselbe Objekt an zwei verschiedenen Punkten aufgenommen wurde, besagt, daß es die Distanz zwischen den zwei Punkten «zurückgelegt» haben muß, welcher Art auch immer die Natur seiner (Orts)veränderungen gewesen sein mag;
3. je enger die Aufnahmen stehen, desto eindeutiger können wir die tatsächliche Reihe der Änderungen rekonstruieren. Wenn wir darüber hinaus noch die Natur und die Ursachen der Änderungen kennen, so wird uns das besser verstehen lassen, was tatsächlich geschah, obwohl wir bereits wissen, daß das in Frage stehende Objekt imstande war, diese Änderungen zu vollziehen, weil es sie tatsächlich vollzog.

Wir können die phylogenetischen Änderungen rekonstruieren, indem wir dieselbe Technik anwenden. Die Genauigkeit der Resultate wird von der Menge der Fossilien und ihrem Erhaltungszustande abhängen. Die Unterschiede zwischen Anfang und Ende eines Abschnittes der Entwicklung können leicht erstellt werden, indem man die zu einem bestimmten Zeitpunkt lebende Tierwelt mit jener zu einem späteren Zeitpunkt vergleicht. Das Problem der Kontinuität ist eine viel schwierigere Frage. Um sie zu lösen, muß man sich auf eine sorgfältige Untersuchung der vergleichenden Anatomie stützen, die sich über eine große Zahl gut erhaltener Fossilien erstrecken muß. Wegen der Schwierigkeiten, die hier auftauchen, muß man die Tatsachen aus verschiedenen Zusammenhängen auf verschiedene Weise beurteilen.

Die Wirbellosen bieten eine besondere Schwierigkeit. Ihre fossilen Reste scheinen nicht unbegrenzt haltbar zu sein; die ältesten liegen beim Beginn des Paläozoikums im Kambrium, also etwa 550 Millionen Jahre zurück. In dieser Periode, vor allem aber vor ihr, sind Fossilien sehr selten und arg unvollständig. Zudem sind Wirbellose oft Weichtiere ohne Innenskelett. Sie fossilisieren nicht leicht. Die bemerkenswerte Ablagerung aus dem mittleren Kambrium in Britisch Kolumbien, in der Schiefergesteine sehr zarte Abdrücke von Weichtieren wie zum Beispiel Quallen erhalten haben, sind eine Ausnahme. Im Untersilur sind die Fossilien der Wirbellosen zahlreicher. Sie zeigen aber bereits hochdifferenzierten Charakter. Damit verraten sie die Endphase einer größeren Entwicklung der Wirbellosen. Welches die einzelnen Schritte dieser Entwicklung waren, bleibt im Dunkeln, weil die Beweisstücke dafür fehlen. Um das Element der Kontinuität aufzeigen zu können, genügt es nicht, die Endphase der Änderungen zu zeigen. Das ist der Grund, warum wir streng genommen nicht von einer Entwicklung der Wirbellosen im Präkambrium sprechen können.

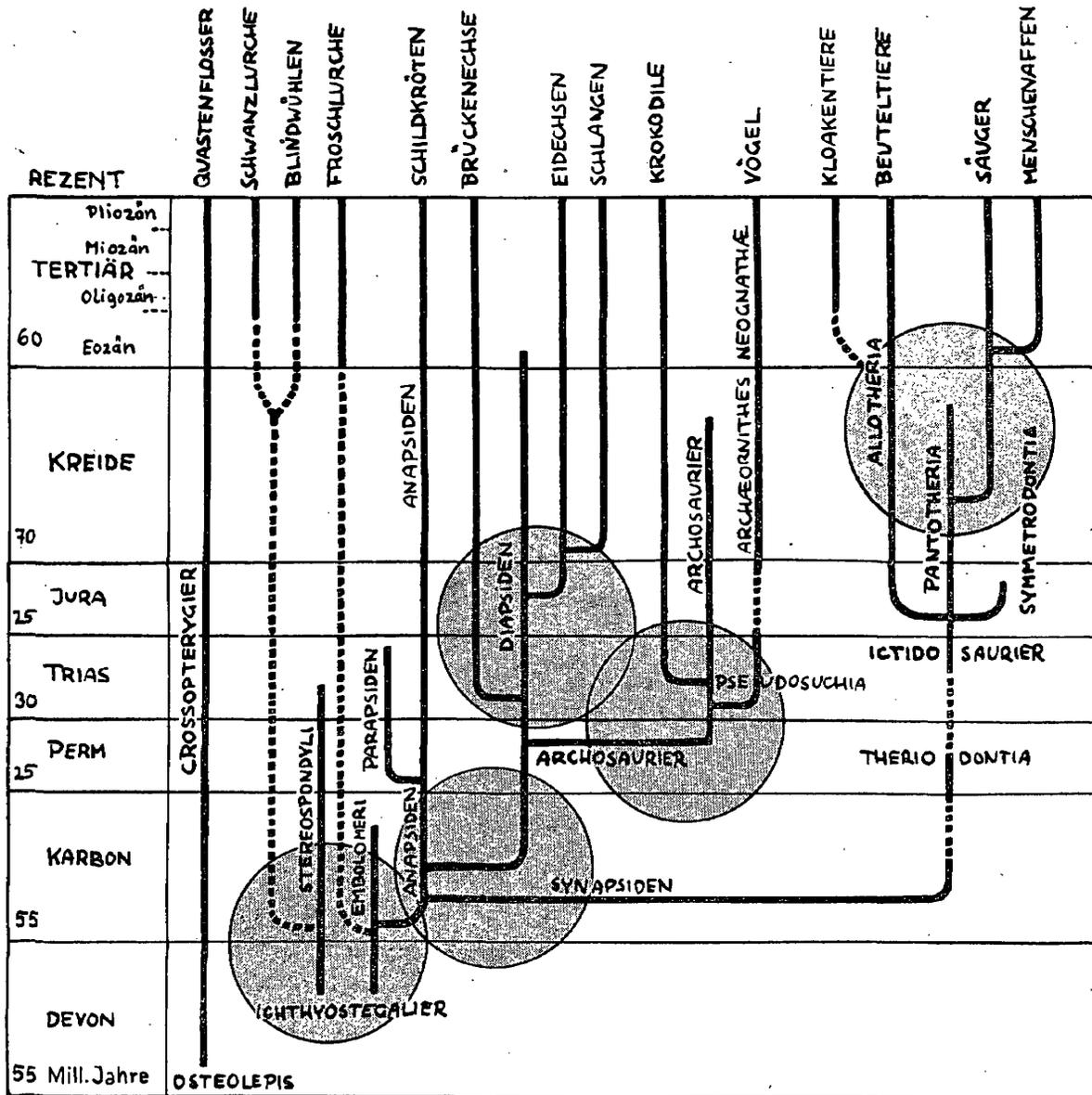
Die Frage der menschlichen Entwicklung liegt ähnlich ungünstig. Der Mangel an Beweisstücken spielt wiederum eine wichtige Rolle. Das verdunkelt die Sicht auf einen recht bedeutsamen Teil der Entwicklung des Menschen, nämlich auf jenen Punkt, an dem ein «menschlicher» Leib zum erstenmal

erscheint. Doch zeigt dafür die vergleichende Anatomie eindeutig das Element der Kontinuität. Es ist kein Zweifel möglich, daß der menschliche Leib auf dem Bauplan der höheren Wirbeltiere gründet. Von einem rein anatomischen Standpunkt aus sind die Unterschiede zwischen den menschlichen Fossilien und den Fossilien der Primaten (= Menschenaffen) gering und zweitrangig. Sie beziehen sich hauptsächlich auf die Gehirnkapsel und die (aufrechte) Haltung ... Aber je geringer der Unterschied, um so größer das Element der Kontinuität, das den menschlichen Leib mit den Wirbeltieren verbindet. Deswegen ist der Mangel an Beweisstücken, die sich auf den genauen Ursprung des menschlichen Leibes beziehen, kein genügender Grund, an der Existenz von Änderungen zu zweifeln, die zu einem solchen Entstehen des Menschenleibes führten. Denn was wir von den Wirbellosen sagten, daß man nämlich ihre Entwicklung nicht an fossilen Beweisstücken sichtbar machen kann, gilt nicht von der Entwicklung des Menschen.

Die Evidenz für die Tatsächlichkeit einer Entwicklung liefern vor allem die Wirbeltiere. Die vergleichende Anatomie zeigt die ganze Gruppe als zusammenhängend. Daher gibt es in diesem Fall keinen Zweifel über das Element der Kontinuität. Die Wirbeltierfossilien sind sehr zahlreich und oft gut erhalten. Viele Schritte der Entwicklung der Wirbeltiere können aufgezeigt werden, indem man sich einzig auf den paläontologischen Befund und auf das sorgfältige Urteil der vergleichenden Anatomie stützt.

In Fig. 1, in der ich der Klarheit und Einfachheit wegen viele Einzelheiten weggelassen habe, habe ich schematisch zusammenzufassen versucht, was wir über die Entwicklung der Wirbeltiere kennen. Die schattierten Zonen veranschaulichen die «explosionsartige» Entfaltung eines erfolgreichen und gut eingebürgerten Tiertypus. Übergänge zwischen einem solchen Ausgangstyp und seinen Folgetypen sind in einigen Fällen zweifelhaft. Damit entsteht dieselbe Schwierigkeit wie im Versuch, die menschliche Entwicklung zu verstehen. Aber wiederum, da ist nicht die Tatsache des Übergangs dunkel, sondern dessen genauere Natur.

Die Verbindungsglieder zwischen primitiven und rezenten Reptilien vom Karbon herauf bis zur Gegenwart, zwischen archosaurischen Reptilien und Vögeln in der Trias und dem Jura und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Säugertypen zurück bis in die Juraperiode sind ziemlich gut gesichert. Was die Vögel betrifft, so leugne ich nicht den Mangel an fossilen Beweisen aus der Trias. Die frühesten fossilen Vögel *Archaeornis* und *Archaeopteryx* stammen aus den jurassischen lithographischen Plattenkalken Süddeutschlands. Betrachtet man nicht bloß die Unterschiede der oft genug irrelevanten und täuschenden äußeren Formen, sondern die Ähnlichkeit zwischen diagnostisch bedeutsamen Merkmalen wie zum Beispiel der Struktur der Schädelknochen und des Unterkiefers, dem Vorhandensein einer antorbitalen (= vor der Augenhöhle liegenden) Öffnung, dem unpaarigen Hinterhauthöcker (condyle), den Zähnen, dem Schwanz und den Hinterbeinen u.a.m., so kann man sagen, daß diese ersten Vögel den archosaurischen Reptilien sehr nahe standen. Tatsächlich stehen sie so nahe bei den kleineren, zweifüßigen Dinosauriern, daß *Romer*, ein guter Kenner der Paläontologie der Wirbeltiere, «versucht» ist, «sie dieser Gruppe anzuschließen». Obwohl die Säugetiere höchst wahrscheinlich von den synapsiden Reptilien des Karbons und des Perms stammen, so ist deren Verbindung im Jura praktisch unbekannt. Sie scheinen in der Trias von der Szene zu verschwinden. Der Ursprung der Kloakentiere (*Monotremata*) ist ein anderes schwieriges Problem. Faßt man aber von einem positiven Gesichtspunkt alle Beweise, die wir für die Entwicklung der Wirbeltiere gefunden haben, zusammen, so finden wir reichlich Anhaltspunkte, die Entwicklung nicht als Hypothese, sondern als Tatsache zu betrachten. (Zweiter Teil folgt)



Kuba: Vom Freiheitshelden zum Kerkermeister?

Vorbemerkung: Auf unseren letzten Beitrag über Kuba sind uns heftige Erwidernngen zugegangen, und zwar gerade aus Südamerika. So schreibt unter anderem ein seit Jahrzehnten in Kolumbien lebender Deutscher: «Das ist Kommunismus übelster Sorte» (gemeint sind die Enteignungen ausländischen Besitzes in Kuba). «Da hat der alte Truman, Expräsident, ganz recht: wenn dieser Herr (Castro) für voll genommen werden will, dann soll er sich mal den Bart schneiden und einen guten Anzug machen lassen. Diese Revolution und ihre Reformen sind Kommunismus ... Was Kuba braucht, ist ein ruhiger, abgeklärter Präsident, der nicht wie die bisherigen in seine Tasche arbeitet, sondern selbstlos im Interesse des Landes soziale Reformen durchführt, wozu die Reichen mit hohen Steuern und Abgaben sowie sozialer Gesetzgebung stark herangezogen werden ... Hoffentlich brechen die Amerikaner diesem politischen Hanswurst und Komödianten bald ökonomisch das Genick, denn sonst machen solche Methoden reinen Diebstahls noch Schule ... Ich schreibe heftig, aber solchen Nonsens kann ich nicht ertragen.»

Nun war besagter Artikel keineswegs ein leichtfertiges Elaborat, sondern auf Grund von persönlichen Erkundungen an Ort und Stelle und nach eingehendem Studium der im Artikel angegebenen Quellen. Inzwischen freilich ist die Entwicklung weitergegangen und zwar anscheinend in dem befürchteten negativen Sinn. Überdies mag es gewiß für

einen Europäer, der sich nur kürzere Zeit in Südamerika aufhält, schwierig sein, allen Fakten, die er antrifft, auch die jeweils richtigen Akzente aufzusetzen. Da das Problem Kuba aber für ganz Südamerika von Bedeutung sein dürfte, bringen wir nachfolgend einen zweiten Aufsatz, der von einem seit etwa 15 Jahren in Südamerika lebenden Schweizer geschrieben wurde. Er kennt diesen Kontinent aus der Perspektive verschiedener südamerikanischer Staaten, in denen er sich aufgehalten hat. Die Ausgewogenheit seines Urteils mag der Leser nach seinen Ausführungen über Venezuela beurteilen («Orientierung» Nr. 5 und 7, 1959). Seine Prognosen haben sich als zutreffend erwiesen. In manchen Dingen stimmt der vorliegende Beitrag mit dem von Jean Ziegler fast völlig überein, er bestätigt ihn also; in anderen liegen die Akzente merklich anders, sie bedeuten eine Korrektur. Beides bitten wir zu beachten. (D. R.)

Der Außenstehende meint wohl, wenn man an den Ufern der Karibensee wohnt, so sei es leichter, den Schleier von der kubanischen Sphinx zu heben. Wir glauben, das Gegenteil sei der Fall. Derjenige, welcher am Rand einer dichten Wildnis wohnt, hat weniger Überblick, auch wenn er mehr Einzelheiten wahrnimmt, als der, welcher aus der Weite das Panorama beherrscht. Und eine Wildnis ist augenblicklich Kuba für jedermann, besonders für den Nachbarn.¹

¹ Wir setzen natürlich die Kenntnis der einschlägigen Presseberichte voraus.

Verschiedene Revolutionstypen

In diesem Punkt allerdings ist der auf der andern Seite des Atlantiks Wohnende im Nachteil. Er legt den Maßstab europäischer Revolutionen an und fragt sich wohl, warum man denn, wenn man schon gegen eine Diktatur gekämpft habe und die Demokratie das Schlagwort der Revolutionäre sei, keine Demokratie einführe und keine freien Wahlen ansage. Dieser Frage liegt die Idee der in der Neuzeit klassischen liberalen Demokratie zugrunde. Aber darum geht es im Fall Kuba gerade nicht.

Andere mögen an die so bekannten lateinamerikanischen Revolutionen der letzten 150 Jahre denken, die oft mehr mit der Operettenbühne als mit den uns bekannten Revolutionen zu tun hatten: irgendein ehrgeiziger Oberst konnte es ohne allzugroße Komplikationen oft zustandebringen, eine Regierung in wenigen Stunden zu stürzen, um selber für einige Jahre oder Monate den Staatsschatz abzuschöpfen. Oder wenn eine Partei allzulange (dieses allzulange ist sehr relativ zu nehmen) am Ruder war, so machte die Gegenpartei einen Putsch, oder man kam sogar friedlich überein, daß nun die andern auch wieder an die Milchkuh herankämen. Manchmal kam es vor, daß die Wahlen entsprechend gefälscht, daß mit Geld gearbeitet wurde oder daß z. B. Grundbesitzer ihre Untergebenen einfach zu einer bestimmten Wahl zwangen.

Von all diesen Revolutionstypen ist die Befreiungswelle zu unterscheiden, welche zu Beginn des letzten Jahrhunderts durch ganz Amerika wogte und zum Aufstand gegen die Spanier aufrief. Diesmal handelte es sich wirklich um eine Freiheitsbewegung, aber nicht des breiten Volkes, sondern mehr der führenden Schichten. Denn jene, welche die Revolution für Lateinamerika vorantrugen, waren nicht die Indianer, wohl auch nicht das Volk als solches, sondern die führenden, von den Spaniern abstammenden Kreolen. Immerhin, die Freiheit war ein Ideal, das wirklich erlebt wurde. Doch war es eine Revolution (wenn wir es vielleicht ein wenig überspitzt, aber prägnant sagen wollen) der Grundbesitzer und der recht wenigen Bürger, die es damals gab, gegen die spanische Oberhoheit. Aber die eigentlich soziale Lage blieb gleich. Der Indio spürte nichts vom Wechsel, im Gegenteil, in manchen Ländern, wie zum Beispiel in Bolivien, wurde dessen Lage im freiheitlichen 19. Jahrhundert sozial und ökonomisch noch drückender und der Indio noch apathischer. Mit einem Wort, die Befreiung von der spanischen Herrschaft war eine zwar wirklich erlebte, aber rein politische oder wenn man will patriotische Revolution, beschränkt auf die führenden Kreise.

Diese kurze Einleitung wird uns den Schlüssel zum Folgenden geben.

Charakteristische Kennzeichen der kubanischen Revolution

Vom Kap der Guten Hoffnung bis zur mejikanischen Hochebene weht (wenn auch in unterschiedlichen Windstärken) der Sturm des Nationalismus. Im 19. Jahrhundert war man von Europa abhängig – geistig und auch wirtschaftlich –, dann in vermehrtem Maß von den USA. Die eigenen Werte wurden vernachlässigt oder sogar verachtet. Wer auch nur einen Tropfen weißen Blutes hatte, wollte nicht mehr Indianer sein. Diese Einstellung hat sich in den letzten Jahren gründlich geändert. Wer auch nur einen Tropfen indianischen Blutes hat, ist stolz darauf, das gilt besonders für Mejico und neuestens auch für Peru und das bolivianische Hochplateau, wo hochstehende indianische Kulturen geblüht hatten. Dazu kommt, daß sich die USA nicht immer als der «gute Bruder» gezeigt hatten, wenn auch in den letzten Jahren diesbezüglich vieles gutgemacht wurde. So ist es heutzutage auch der nordamerikanische Nachbar und nicht mehr der Spanier, gegen den sich die Opposition wendet. Und man kann sagen, daß es sich um eine wirklich nationale Revolution in Kuba handelt, welche alle Kreise, nicht zuletzt bis in den Klerus herein, umfaßt.

Ein weiteres typisches Merkmal ist die Führerpersönlichkeit, in der die Revolution ihren Ausdruck gefunden hat: Fidel Castro. Es scheint uns, daß Fidel noch stärker als die europäischen Führergestalten dieses Jahrhunderts mit den Massen verbunden ist, unter anderem, weil der «terminus a quo», die Ausgangslage der Revolution, sowohl die unmittelbare (die Diktatur Battistas) wie auch die weiterzurückliegende, die soziale Mißwirtschaft der vergangenen Jahrhunderte, viel ungünstiger lag. Dazu handelt es sich nicht nur um einen Umsturz, welcher (wie stets in Lateinamerika) ausschließlich in der Hauptstadt entschieden wird (oder eventuell in einer

großen typisch revolutionären Provinzstadt, wie z. B. Arequipa in Peru, oder Cordoba in Argentinien), sondern welcher Krönung und Schlußstein einer soldatischen Eroberung ist, die von den Klüften der Sierra Maestra aus durch die Felder und Zuckerplantagen hindurch das Volk mit sich riß und bereits den Charakter einer eigentlichen Legende annimmt. Typisch dafür ist der Ausspruch eines ehemaligen Gymnasialprofessors von Fidel Castro (der einem Erziehungsorden angehört, in dem Klugheit und abgewogenes Urteil Tradition bilden) in der Television von Caracas (wo er seinen ehemaligen Schüler verteidigte), wobei er den Marsch Fidels und seiner Kampfgenossen mit neutestamentlichen Farben malte und sich nicht scheute, Fidel als «einen menschlichen Christus mit seinen zwölf Aposteln» zu feiern! – Und auch heute bleibt Fidel in dauerndem Kontakt mit den Massen, vor allem durch die Television. Man hat nicht ohne ein gewisses Recht behauptet, Fidel sei der erste Staatsmann, der sein Volk durch die Television regiert!

Man fragt sich wohl, ob die Revolution eine solche von «rechts» oder von «links» sei. Diese Kategorien sind heute sowieso etwas abgegriffen und im Falle Kuba ist es noch schwieriger, eine Deutung zu geben. Der Umstand, daß Fidel erklärter Feind des Großgrundbesitzes ist und auch, daß er dem Kommunismus gegenüber bisher eine zum mindesten sehr tolerante Einstellung gezeigt hat, mag ihn als «Linksrevolutionär» erscheinen lassen. Andererseits will er sich nicht nur auf die Landarbeiter stützen, sondern «jeden» Kubaner zum Besitzer machen. Es sind in Kuba keine Parteien vorhanden, so daß Fidel in dieser Beziehung ziemlich freie Hand hat. Auf jeden Fall will seine «Demokratie» eine volkstümliche sein.

Die Ideologie der Revolution

Fidel hat kundgegeben, er wolle weder Kommunist noch Kapitalist, sondern «kubanischer Humanist» sein. Um die Ideologie zu bestimmen, müßte man vor allem wissen, wer eigentlich heute in Kuba maßgebend ist, Fidel oder sein nüchterner Bruder Raoul, welcher noch stärker «links» orientiert ist, oder andere Leute im Hintergrund. Auf jeden Fall hat Fidel ein maßgebendes Wort zu sagen. Als Schüler von Ordensleuten sollte man von ihm erwarten, daß das Christentum ihn beeinflußt hat, was auch sicher der Fall ist. Daß er dort etwas von der sozialen Lehre der Kirche hörte, scheint uns sicher zu sein. Hingegen weiß man, daß er im Gefängnis (nach einem verunglückten Putsch 1953) direkt oder indirekt mit einigen Werken Maritains bekannt wurde, ebenso aber auch mit französischen Freidenkern, lateinamerikanischen politischen Schriften und auch mit marxistischer Literatur. Uns macht er den Eindruck eines zwar intelligenten, vielbelesenen Mannes, dem aber (um nicht mehr zu sagen) eine klare geistige Linie fehlt. Dazu hat er etwas in seinem Charakter und seinen Ideen, das man (man verzeihe den abgegriffenen Ausdruck, der uns hier aber den Nagel auf den Kopf zu treffen scheint) «romantisch» nennen könnte. Falls wir damit recht haben, so wäre zu sagen, daß dies nicht Eigenschaften sind, welche man von einem Staatsmann in erster Linie erwartet. Doch damit sind wir schon bei der Person des kubanischen caudillo.

Führermythos um den Freiheitshelden?

Es klingt wie eine Ironie (bitter, blutig oder lächerlich, je nachdem!), daß der bereits sagenhafte Freiheitsheld nicht nur dem Volk die erwartete Abstimmung vorenthält, sondern immer mehr an diktatoriale Vorbilder heranrückt. Und nicht nur dies (denn diese Vorbilder sind in Lateinamerika reichlich zu finden), es wird auch ein Führermythos teils propagiert, teils freiwillig mitgemacht, wie er nur in Europas jüngster Geschichte und in Lateinamerika höchstens etwa bei Perón oder bei der «Dynastie» Trujillo in Santo Domingo zu finden

ist. Wir sagten eben «teils freiwillig mitgemacht». Man kann sogar noch weiter gehen und behaupten, daß Fidel zum Teil sogar das Opfer des Führermythos ist, gerade wegen seiner sagenhaften Expedition, die ihm die Herzen des Volkes, vor allem der Landproletarier, der sogenannten *guajarrros* (mit Buschmessern bewaffnete Landarbeiter), gewonnen hat. – Das ist es gerade, was ihm nach Ansicht mancher Beobachter gefährlich werden kann: Es handelt sich nicht nur um den reichlich gestreuten, aber oft mit Interessen vermengten Weihrauch, sondern um wirkliche Popularität, die nicht abgestritten werden kann: in der Hand eines so ausnehmend jungen Menschen eine zweiseitige Waffe, für ihn und das Volk!

Man denke nur daran, daß der frühere Staatspräsident, *Urrutia Lleó*, zurücktreten mußte; man erinnere sich an die Verurteilung des ehemaligen Waffengeführten *Huberto Matos*, an die Flucht anderer ins Ausland! Man erinnere sich an die zahlreichen Erschießungen ohne Prozeß oder in für die Television berechneten Schautribunalen oder an die von der staatlichen Justiz freigesprochenen Flieger, welche dann doch verurteilt wurden, weil der Wille Fidels mehr gilt als alle Tribunale ...

Auch in der Außenpolitik scheint mehr die Willkür, fast hätten wir gesagt die Laune, den Ton anzugeben als die kühle Überlegung des Staatsmannes. Gewiß bestehen manche Reibungsflächen mit den USA, aber man hat doch den Eindruck, daß das nordamerikanische Staatsdepartement viel guten Willen, Geduld und Nachsicht geübt hat, während Castro die Reibungsflächen noch vermehrt, statt sie zu vermindern. Er glaubt, auch die Außenpolitik mit der Television weithin zu beherrschen. Die verschiedenen Expeditionen nach Mittelamerika, nach Guatemala, der Dominikanischen «Republik», nach Nikaragua und Panama hatten nicht nur keinen Erfolg, sondern haben dem Ansehen Castros eher geschadet. Dabei hat zum Beispiel Panama, welches eigentlich nach internationalem Gebrauch die gelandeten Angreifer standrechtlich hätte erschießen können, ihnen nicht nur das Leben geschenkt, sondern sie wieder nach Kuba zurückgeschickt. Bei seinem Besuch in Caracas vor einem Jahr betrat Fidel das Parlament (in einem ausländischen Staat!) mit umgehängter Waffe (soviel wir uns erinnern, war es ein Maschinengewehr), während sogar den Venezolanern das Betreten des Parlaments mit Waffen verboten ist. Eine unnötige Brückierung eines benachbarten Staates. Reden wir nicht von der Anzeigerei, die gefördert wird, von den umständlichen Fragebogen, welche Staatsbeamte oder auch nur diejenigen, welche eine vom Staat zur Verfügung gestellte Wohnung erwerben wollen, ausfüllen müssen!

Bei vielen herrscht der Eindruck, daß Castro seinen Verpflichtungen als Staatsmann nicht in dem Maß gewachsen ist, wie es angesichts der schwierigen Lage notwendig wäre.

Castro und der Kommunismus.

Wir gehen keinesfalls einig mit denen, welche Castro als einen Kommunisten betrachten, wie es zum Beispiel das katholische Lokalblatt «La Religión» in Caracas tut. Wir sind im Gegenteil überzeugt, daß Castro im Grund viel guten Willen hat, ein Idealist ist, oder – wie schon erwähnt (es scheint uns das richtigste Wort zu sein) – ein «Romantiker auf dem Thron». So hat er zum Beispiel mit Eifer die Korruption bekämpft, womit es ihm zweifellos ernst war und wodurch er sich wohlthuend von ungefähr sämtlichen Diktatoren in Lateinamerika und sonstigen Staatsmännern unterscheidet.

In einer Pressekonferenz in New York sagte er ausdrücklich: «Wir wollen in Kuba eine wirkliche Demokratie errichten, ohne eine Spur von Faschismus, Perónismus oder Kommunismus. Wir sind gegen jede Art von Totalitarismus.» So würde ein Kommunist nicht sprechen. Natürlich hat man dazu gesagt, das sei Verneblungstaktik. Demgegenüber sind wir überzeugt, daß es Fidel Castro ehrlich meint (wir glauben, daß

es bei wenigen Staatsmännern so leicht möglich ist, ihren Charakter zu erkennen, wie bei Fidel: er gehört sicher nicht zur Klasse der raffinierten Lügner oder der Opportunisten; und wenn er unsicher oder widerspruchsvoll ist, so läßt sich das unseres Erachtens auf das Fehlen einer festen ideologischen Einstellung und auf seinen jugendlichen Charakter zurückführen).

In seiner Rede auf der Plaza Civica von La Habana vom 8. Mai suchte er seine nachsichtige Einstellung zu den Kommunisten zu erklären, und zwar damit, daß in einer Demokratie eben Meinungsfreiheit herrschen müsse. Ebenso ist eines seiner Ideale die Zusammenarbeit aller Klassen gegenüber dem marxistischen Klassenkampf. Castro erscheint uns keineswegs als der «Kryptokommunist» (wie ihn gewisse unter spanischer Beeinflussung stehende katholische Blätter schildern), der nur auf die Gelegenheit brenne, um seine Maske abzuwerfen.

Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob Castro tatsächlich die Person ist, welche die Gefährlichkeit des Kommunismus erkennt und den nötigen Willen und die Kraft besitzt, dessen Einfluß zu hemmen.

Es gibt da eine Reihe von Daten, die nicht unbedenklich sind.

So schon die eigene Vergangenheit Castros. Es wird darauf hingewiesen, daß er beim berüchtigten «Bogotazo», den in Bogotá im Jahr 1948 von den Kommunisten angezettelten Brandstiftungen, beteiligt gewesen sei.²

Außerdem ist es eine Tatsache, daß die von Castro im April 1958 in La Habana gegen Battista angezettelte Revolte klaglich zusammenbrach, vor allem, weil die Arbeiter ihre Unterstützung verweigerten. Man weist darauf hin, daß die Arbeiterführer von Battista bestochen worden seien. Der Umstand, daß die meisten mit Battista geflohen sind, scheint diese Version nicht Lügen zu strafen. Daraufhin hätte Fidel in Kingston (Jamaica) mit den Kommunisten einen Pakt geschlossen, kraft dessen diese ihn mit Waffen und Leuten in seinem Freiheitszug unterstützen sollten, und ebenso sollten sie nach der Befreiung freie Hand haben. Tatsache ist jedenfalls, daß die Kommunisten nach dem Sieg versuchten, mehrere Syndikatsitze zu besetzen, was ihnen aber von den übrigen Befreier verunmöglicht wurde. Ebenso zerstörten sie den antikommunistischen Zettelkatalog (die «Schwarze Liste») des früheren Präsidenten Battista.

Einige Persönlichkeiten in der Umgebung Castros sind entweder Kommunisten oder wenigstens ihnen nahestehend. Dazu soll der Bruder Castros, *Raoul*, gehören.³ Eine der Fidel nahestehendsten Persönlichkeiten ist der argentinische Abenteurer *Ché Guevara*, nationalisierter Kubaner, der zwar als Arzt sich der Befreiungsarmee anbot, aber dem Kommunismus nahesteht und schon Mitarbeiter des traurig berühmten Arbenz in Guatemala gewesen war. *Ché Guevara* ist heute Präsident der kubanischen Nationalbank. Von seinen Universitätsjahren her ist auch der kommunistische Intellektuelle *Carlos Rafael Rodríguez* Castro befreundet, er ist heute unseres Wissens Chefredaktor der Hauptparteizeitung.

Aus guter Quelle hört man, daß die Kommunisten verschiedene Schlüsselpositionen innehaben und versuchen (zum Teil mit Hilfe von Stroh Männern), andere zu besetzen. Allerdings ist es ihnen nicht gelungen, in den jüngst stattgefundenen Wahlen zur CTC (Confederación de Trabajadores Cubanos), also zum kubanischen Arbeitersyndikat, die Schlüs-

² Ebenso machen gut informierte Kreise darauf aufmerksam, daß Castro bei seinem kurzen Aufenthalt in Caracas im allgemeinen wenig zu sprechen war, hingegen sich zwei Stunden mit Gustavo Machado, dem Führer der Kommunistischen Partei, zu einer geheimen Besprechung einschloß.

³ Raoul Castro scheint ursprünglich nicht Kommunist gewesen zu sein. Hingegen ist seine Frau überzeugte Kommunistin, sie hat vier oder fünf Jahre an der Universität Moskau studiert.

selstellungen zu besetzen. Es gelang ihnen aber wenigstens, auch ihre Gegner davon auszuschließen.

Die von Castro gegründeten Volksbibliotheken enthalten zahlreiche aus dem Russischen in Mejico übersetzte marxistische Werke. Wenn auch die kubanische Regierung nicht gerade marxistisch genannt werden kann, so benutzt sie nicht selten marxistische Methoden. Man denke an die schon zitierten Erschießungen, wobei auch die Massenpsychologie ihr Wort mitsprach: Weiber mit roten Fahnen durchzogen die Straßen von La Habana, wie uns berichtet wurde, und forderten mit dem eintönigen Geschrei «Paredón» die Erschießung der «Gegner der Freiheit». Auf diesem ungesetzlichen Weg wurden nicht wenige politische und private Racheakte verübt.

Der Rücktritt des früheren Präsidenten *Urrutia* wie auch von *Huberto Matos* wird allgemein mit deren antikommunistischer Haltung in Zusammenhang gebracht.

Im Ganzen ist gerade hier das Bild undeutlich. Sicher ist jedenfalls, daß die betont antikommunistischen Kreise in Kuba verfolgt werden, während die Kommunisten sich bis jetzt weitgehender Freiheit erfreuen. Typisch lateinamerikanisch ist auch der Umstand, daß es in Kuba offenbar nicht die Arbeiter sind, welche im Kommunismus führende Stellungen besitzen, sondern die Intellektuellen. Das Volk ist auf jeden Fall den Kommunisten nicht günstig gesinnt, was zum guten Teil auf seine (wenn auch oft irregeleitete) Religiosität zurückzuführen ist.

Die Agrarreform

Niemand (ausgenommen die extreme Rechte) zweifelt daran, daß diese Reform dringend und schon längst fällig war. Darüber hinaus hat gerade die Agrarreform am meisten zur Popularität Castros beigetragen. Es scheint uns auch keine Frage zu sein, daß Castro sie nicht als demagogisches Mittel benützte, sondern daß es ihm damit wirklich ernst ist. Die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit ist eines der ihm teuersten Ideale.

Nach der jetzigen Agrarreform darf niemand mehr als 450 Hektar Land besitzen, darin ist auch die sogenannte «aparcería» inbegriffen, d. h. Land, welches Pächtern zum Bebauen überlassen wird. Ausgenommen werden von diesem Gesetz nur Zuckerpflanzungen, Reisanbau und Weideland, weil diese im «Kleinbetrieb» nicht rentieren. Außerdem werden Ausländern besondere Schwierigkeiten bereitet, über die wir im einzelnen nicht orientiert sind. Davon werden vor allem die nordamerikanischen United Fruit Company und die Cuban-American Sugar Company betroffen. Jede Familie soll mindestens 30 Hektar Land erhalten, dazu ökonomische und technische Unterstützung, die vom Staate geleistet wird. Der Staat leistet ebenso einen Beitrag, indem unbebautes Staatsland den künftigen Eigentümern zur Verfügung gestellt wird (was sicher keine marxistische Maßnahme ist).

Die Zeitschrift «Latinoamérica» gelangt zu folgendem Schlußurteil:

«Was das Agrargesetz als solches betrifft, so ist es weder antikommunistisch, da die Kommunisten es befürworten, noch kommunistisch, da die darin getroffenen Maßnahmen auch anderswo, in nicht-kommunistischen Ländern, praktiziert würden. Es ist allerdings ebenso wenig ein Gesetz liberaler Prägung, sondern ein Gesetz, welches dem Sozialismus nähersteht als dem Individualismus, weil es dem Staat, was Eigentums- und ökonomische Fragen betrifft, großen Raum zur Intervention läßt. Von diesem Gesichtspunkt aus müßte man ihm einen Platz zwischen dem italienischen Agrargesetz von 1951 (welches der *Democrazia cristiana* zu verdanken ist) und den Agrargesetzen der mejicanischen Revolution anweisen, die tatsächlich eindeutig unter die rein sozialistische Eigentumstheorie fallen.

Was nun die Ausführungsbestimmungen betrifft, welche die jetzige oder künftige Regierungen dem Agrargesetz geben können, so ist

zu sagen, daß sie uns dem Kommunismus nahebringen können, wenn die Kontrolle der INRA (das ist der abgekürzte Name für die vom Staat gegründete und von ihm geleitete Gesellschaft, welche die Agrargesetzgebung in die Praxis umsetzen soll) einen weitergehenden Einfluß erhält; sie können uns aber auch von dieser Gefahr entfernen, wenn sie dazu verwendet werden, einen zahlreichen und soliden Stand von Landbesitzern zu schaffen. Den Schlüsselpunkt dieser Entwicklungsmöglichkeiten der kubanischen Landreform werden ohne Zweifel die Kooperativen bilden. Das Gesetz gibt diesbezüglich keine konkreten Ausführungsbestimmungen an. Wenn die INRA ihr Ziel darin sieht, die Bauern von Fall zu Fall immer mehr vom Staat abhängig zu machen, so daß die Kooperativen in eigentliche Kollektivgüter verwandelt werden (wenn sie auch diesen Namen nicht tragen), dann werden wir dem Kollektivismus entgegengehen. Wenn aber im Gegenteil die INRA als Werkzeug benützt wird, um die Bauern zu erziehen (man vergesse aber in der Schweiz nicht, daß es sich bei diesen Bauern zum größten Teil um frühere Pächter oder eigentliche Hörige handelt, die wirklich erst zu Bauern «erzogen» werden müssen!) und dafür zu sorgen, daß sie mit der Zeit für sich allein aufkommen können, statt vom staatlichen Paternalismus abhängig zu sein, dann (wenn auch der Staat sich stets die allgemeine Planung der Wirtschaft vorbehält) wird die (für die erste Zeit bis zu einem gewissen Grad verständliche) staatliche Kontrolle sich immer mehr vermindern und wir werden es soweit bringen, in Kuba eine an die Scholle gebundene Bauernschaft zu erhalten (ähnlich wie in Frankreich oder Costa Rica), welche künftig unsere beste Verteidigung gegen den Kommunismus bildet.»

Es wäre noch Verschiedenes zu erwähnen, so zum Beispiel die Unterdrückung der Pressefreiheit, die Einstellung Castros zur Kirche und die Äußerung kirchlicher Personen über Castro (das Urteil scheint nicht bei allen führenden kirchlichen Kreisen dasselbe zu sein).⁴

Wenn wir einen Rückblick oder besser ein Schlußurteil zu fällen versuchen, so wäre dies ein fast aussichtsloses Unterfangen. In Kuba ist alles noch in Bewegung. Ob dieser junge Wein sich allmählich klären wird oder aber überschäumend den Pfropfen verjagt, wer kann das wissen?

Wir wagen nicht, uns dem Urteil eines sonst nüchternen Beobachters lateinamerikanischer Verhältnisse anzuschließen, der uns einfachhin sagte: Castro ist ein intelligenter Verrückter. In gewissen historischen Situationen braucht es einen Verrückten, der zu tun wagt, was andere nicht können. Es scheint uns, daß eine solche Aussage von einem gewissen Extremismus nicht ganz frei ist, zudem wäre sie für den idealistischen Befreier beleidigend.

Vielleicht darf man ungefähr folgendes sagen: Fidel Castro hat gewiß die Allüren eines Diktators. Andererseits glauben wir, daß es in der gesamten neueren Geschichte auch nicht ein Beispiel gibt, wo die Person des «Diktators» sich so innig mit einer wahren Volksbewegung verschmolzen hat wie heute in Kuba. Die venezolanische Revolution war sicher auch eine Volksbewegung, und dazu gegen einen Diktator. Aber im Unterschied von Kuba wurde diese nicht von einer Volksarmee getragen, sondern durch das reguläre Militär. Dazu landete sie in den Bahnen der schon vorher bestehenden Parteien, ja eines früheren Präsidenten, der damals Diktator war, aber heute sich dem Volk als demokratischer Präsident empfiehlt, ja die Diktatur in Lateinamerika als ein zu Tode getroffenes wildes Tier bezeichnet, das nur noch hie und da die Krallen rege.⁵ – Nach der Überzeugung Castros, und hierin hat er völlig recht, ist die kubanische Revolution eine Revolution besonderer Prägung, sie ist eine soziale Revolution. Dies scheint uns das eigentliche Stichwort zu sein! Eine rein

⁴ Wir glauben, zugeben zu müssen, daß in gewissen lateinamerikanischen Staaten der Klerus im Grund öfters die Diktaturen nicht ungern sah, soweit sich die Diktatoren ihm gegenüber wohlwollend oder tolerant zeigten, und ihm vielleicht (äußerlich gesehen) manche Probleme ersparten. Etwas von dem war auch in Kuba zu sehen. Immerhin hat die kubanische Kirche versucht, sich gegenüber Castro möglichst unabhängig zu verhalten, wie auch der jüngst in La Habana abgehaltene «Katholikentag» zeigte.

⁵ Die politische Lage in Venezuela ist übrigens noch nicht stabil.

politische Revolution kann gleich in die formale Demokratie übergeleitet werden, es werden Abstimmungen gemacht, die Parteien bilden sich usw. Bei einer sozialen Revolution ist es anders, besonders wenn sie außerdem (was den Ausgangspunkt betrifft) noch so berechtigt und geschichtlich wirklich fällig und notwendig ist wie die kubanische. Es handelt sich nicht nur und nicht so sehr um den Übergang von der Diktatur zur Demokratie, sondern um die viel tiefer greifende von einem Zustand jahrhundertelangen sozialen Unrechts und sozialer Unterdrückung zu einem erstrebten Zustand sozialer Gerechtigkeit, vom besitzlosen und fast immer unterdrückten Pächter und Hörigen zum Besitzer und selbständigen Bauern. Zu einer solchen Umwälzung ist die typisch liberale Demokratie zu schwach und zu unvorbereitet schon als System, ganz abgesehen davon, ob man die für diese schwierigen Aufgaben vorbereiteten und willigen Menschen finden kann. – Für den Kommunismus ist natürlich eine solche Situation eine ideale Gelegenheit, um im Trüben zu fischen, besonders wenn man die kulturelle Rückständigkeit des Volkes hinzunimmt.

Wie die Situation in Kuba konkret sich entwickeln wird, ist nicht zu übersehen. Falls Fidel Castro so weiterfährt wie bisher, falls er weiter als «Romantiker auf dem Thron» ohne feste ideologische und politische Prinzipien, ohne feste Hand (d. h. abwechselnd einmal grausame Erschießungen anwendet und andererseits zu vielem die Augen schließt) regiert, halten wir persönlich die Gefahr eines Bürgerkrieges nicht für ausgeschlossen.⁶

Eines – um uns nun der gesamten lateinamerikanischen Situation zuzuwenden – scheint uns sicher: die kubanische Revolution ist nicht nur irgendeine Revolution, nicht nur sozial bedeutend für Kuba selbst, Kubas Revolution ist ein wirkliches Fanal für ganz Lateinamerika. In den meisten lateinamerikanischen Ländern finden wir mehr oder weniger große soziale und politische Parallelen. Ähnliche soziale, wirtschaftliche und politische Probleme wie in Kuba finden sich anderswo, besonders in den «unterentwickelten» Ländern, wie z. B. vor allem in Bolivien und Paraguay. Fast überall ist eine Agrarreform fällig, auch im fortgeschrittenen Chile. Aber die Agrarreform – selbst deren günstigste Lösung vorausgesetzt – wird in keinem Land die soziale und wirtschaftliche Lage dauernd bessern. Eine Agrarreform hat nur Aussicht, wenn die jahrhundertlange Mißwirtschaft modernen landwirtschaftlichen Methoden Platz macht, d. h. technischen und rationellen

⁶ Ohne jeden Zweifel haben sich in den letzten Monaten nicht wenige frühere Anhänger von Fidel zurückgezogen oder befinden sich zu ihm (wenn auch abgestuft) in Opposition, vor allem das Bürgertum (soweit dieses überhaupt existiert). Die neueste Tendenz, Arbeiter- und Studentenmilizen zu gründen, die für Castro sich einsetzen, ist nicht dazu angeht, die erwähnten Kreise zu beruhigen.

Ex urbe et orbe

Ist Tito verständigungsbereit mit der katholischen Kirche?

Das Trierer Bistumsblatt «Paulinus» vom 3. Januar 1960, 86. Jhg., berührt in einem Artikel: «Tito um die Verständigung mit der Kirche bemüht?» die Frage nach der Verständigung zwischen Kirche und Titoregime. Es bezieht sich dabei auf eine Meldung der Turiner «Stampa» vom Empfang des «Bundes slowenischer Priester» bei Tito, bei dem recht verständliche Worte gesprochen wurden.

Der «Bund slowenischer Priester» wurde vor 10 Jahren gegründet. Langjähriger Zwang und Terror des kommuni-

Methoden. Diese aber werden die Bevölkerung nicht an die Scholle binden, sondern (weil dann weniger Kräfte nötig sind) doch wieder als soziales und moralisches Strandgut in die Städte treiben. Es müssen Industrien geschaffen werden, um dem furchtbaren Ring eines elendesten Proletariats rings um die Städte eine Beschäftigung zu geben.

In den nächsten Jahren, so glauben wir, wird überall die soziale Revolution in der einen oder anderen Form sich den Weg bahnen. Fast überall fangen katholische Minderheiten an, sich sozialen Problemen zuzuwenden, die Soziallehre der Kirche zu studieren und in die Praxis überzuleiten. Heute ist nicht mehr die Zeit der sozialen Hirtenbriefe. Die Kirche hat klar gesprochen, heute ist die Zeit des sozialen Handelns. Leider muß gesagt werden, daß es selbst heute noch «Kirchenfürsten» und auch Priester und Ordensgemeinschaften gibt, die (falls sie selbst Landbesitz haben), was die soziale Haltung im täglichen Leben betrifft, immer noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt haben. Aber diese Überbleibsel einer vergangenen Zeit sind längst nicht mehr repräsentativ. Immer mehr setzt sich unter Klerus und Laien die Erkenntnis durch (ohne daß man in einen billigen Kulturkatholizismus zurückfallen dürfte), daß die Dringlichkeit der sozialen Frage nicht mehr verkannt werden kann.

Wir sagten, die kubanische Revolution sei ein Fanal für ganz Lateinamerika. Besser wohl würden wir sagen, sie hätte es sein können und sollen. Kaum eine Revolution wurde im Kontinent mit derartiger Begeisterung und berechtigter Sympathie begrüßt. Kaum eine vielleicht war mit mehr Berechtigung in historischer Stunde des Kontinents vollführt. Aber wir fürchten, daß man später sagen wird, daß kaum eine derart die hochgespannten Erwartungen, die in sie gesetzt worden waren, bitterer enttäuscht hat.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann ist eher zu sagen, daß, wenn sich Fidel Castro weltanschaulich und charakterlich nicht wesentlich umstellt – und daß er sich umstellen wird, ist äußerst fraglich –, optimistische Erwartungen nicht berechtigt sind. Darum fürchten wir, daß diese Revolution, die ein verheißungsvolles Fanal hätte sein können und es in ihrem Anfangsstadium auch war, immer mehr zu einem abschreckenden Beispiel ausartet, wie man es nicht machen soll.

Mögen darum alle politisch und sozial in Lateinamerika Verantwortlichen am Beispiel Kuba lernen, daß sie den von sozialen Hoffnungen und Strömungen tief aufgewühlten Kontinent nicht enttäuschen dürfen, daß gegenüber dem Kommunismus äußerste Wachsamkeit und Entschlossenheit geboten ist und daß nur weltanschaulich (oder sagen wir besser religiös) klar ausgerichtete Persönlichkeiten und verantwortungsbewußte Charaktere die Garantie bieten, dauernde, solide und wohlthuende Lösungen zu finden. *WJ.*

stischen Regimes in Jugoslawien führte zur Bildung des Bundes (Savez kath, svecenika u jugoslaviji). Ziel des kommunistischen Regimes war; durch die Bildung des Bundes Zwispalt und Verwirrung unter die Gläubigen zu bringen. Die ersten Mitglieder waren Priester, die sich allzu leicht in den Netzen der Kommunisten fangen ließen. Nur wenige ältere Priester sind dem Bund beigetreten. Gehalt und Pension sind den Mitgliedern sicher. Slowenien und Bosnien stellen die meisten Mitglieder, während in den andern Republiken, wie z. B. Kroatien, der Anteil der Priester am Bund nur gering ist.

Mein Freund in Slowenien, der Mitglied des Bundes ist, vermittelte mir Kontakt mit einer Reihe von Mitgliedern. So war ich einmal Gast bei einer Generalversammlung des «Bun-

des» in Laibach. Als Delegationschef brachte mein Freund des öfters das Protokoll der Versammlung nach Belgrad. So konnte ich über meinen Freund einen guten Einblick in die Tätigkeit des Bundes erhalten.

Hier sollen einige Auszüge aus Unterhaltungen folgen, die ich mit meinem Freund hatte.

Ich frage: Kommen alle Mitglieder zur Versammlung?

Er: Die UDB, die staatliche Sicherheitspolizei, sorgt schon dafür, daß alle pünktlich kommen. Jedes Mitglied wird mit einem Auto der UDB abgeholt und wieder zurückgebracht. (Nach diesen Worten hatte ich keine Lust mehr, an einer Versammlung teilzunehmen.)

Also: Die Polizei beruft die Sitzungen des Bundes kath. Priester ein.

Ich frage: Was wird bei diesen Versammlungen verhandelt und beschlossen?

Er: Es werden Ovationen gehalten, viel geredet über Leistungen des Bundes und des Regimes und große Begrüßungen werden gehalten.

Ich frage: Ist ein Bischof dort anwesend?

Er: Ein Bischof ist nicht anwesend.

Darauf ich: Das ist ja Wahnsinn, und ihr seid alle wahnsinnig. Was könnt ihr ohne Bischof machen? Die Bischöfe sind die legitimen Vertreter der Kirche. — Er schwieg lange, dann: Ja, das ist alles Wahnsinn.

Dem Bund droht der innere Zerfall

Am Nachmittag des gleichen Tages ging ich mit meinem Freund spazieren. Ich hielt ihm vor, daß wir doch in der Kirche keinen eigenen Priesterbund bräuchen würden, zumal einen solchen nicht, der mit dem Regime so zusammenarbeitet. Ich konnte ihm Beispiele von Priestern bringen, die sich als Instrumente der kommunistischen Partei gebrauchen ließen. Ob er denn wohl nicht ahne, welche Verwirrung dieser Priesterbund im Volke verursache? Er sagte mir, die Mitglieder des Bundes hätten jetzt erst eingesehen, daß sich alles viel verhängnisvoller ausgewirkt habe als sie es anfangs vermutet hätten. Die Hauptführer, die bis jetzt der Meinung waren, sie könnten die Mitgliedschaft mit ihrem Gewissen vereinbaren, begannen nun daran zu zweifeln. Die Regierung bemerkt wohl die innere Verwirrung in den führenden Reihen des Bundes und sieht den großen Einfluß meines Freundes als dafür verant-

wortlich an. In den letzten Tagen meines Aufenthaltes trafen sich die Führer des Bundes für einige Tage bei meinem Freund. Sie wünschten, er möchte doch bei dem kommenden Ferienlager, das vom Staat finanziert wurde, die geistlichen Vorträge halten. Er lehnte jedoch zu deren Bedauern die Einladung ab.

Stellungnahme der Bischöfe zum Bund

Im ganzen Bund slowenischer Priester gibt es keinen einzigen Bischof. Diese leisten vielmehr passiven Widerstand und verurteilen den Bund durch eisiges Schweigen. Sobald einer aktiv gegen die Priester im Bund oder den Bund als solchen vorgeht, muß er mit Zwangsmaßnahmen der Regierung rechnen. Den geringsten Angriff der Bischöfe beantwortet die Regierung mit Schließung von Priesterseminarien und theologischen Hochschulen, wie sie es z. B. in Splitt und Bijekata tat. Weil der Bischof von Splitt einige Priester exkommunizierte, weil sie Mitglieder geworden waren, schloß die Regierung das theologische Seminar. Prozesse wurden inszeniert, in denen mit Zwang und bestochenen Zeugen gearbeitet wurde. Der Bischof von Splitt stand vor der Alternative: entweder die Exkommunikation aufzuheben oder die Schließung des Seminars hinzunehmen. Der Bischof entschied sich für das letztere.

Bedeutet also die Verständigungsbereitschaft Titos gegenüber dem Bund Bereitschaft zu Verständigung mit der Kirche? Wir müssen das verneinen. Denn für Tito haben die Bischöfe, die legitimen Vertreter der Kirche, kein «Stimmrecht» in der Kirche Jugoslawiens.

Ivan Oras

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen Katholischen Volksvereins, Zürich 2, Scheideggstraße 45, Tel. (051) 27 26 10 / 11.

Druck: H. Bösigs Erben AG., Zürich 8.

Abonnement- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 2, Scheideggstraße 45, Tel. (051) 27 26 10, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Gönnerabonnement jährlich Fr. 18.—; Abonnement jährlich Fr. 12.—; halbjährlich Fr. 6.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Belgien-Luxemburg: Jährlich Fr. 170.—. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Société Belge de Banque S. A., Bruxelles, C. C. P. No. 218 505. — Deutschland: DM 12.—. Best. und Anzeigenannahme durch Administration Orientierung, Scheideggstraße 45, Zürich 2. Einzahlungen an Volksbank Mannheim, Mannheim, Konto Nr. 785, PschA, Ludwigshafen/Rh., Konto Nr. 12975 Orientierung Zürich. — Dänemark: Jährlich Kr. 22.—. Einzahlungen an P. J. Sträubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. — Frankreich: Halbjährlich NF. 7.—, jährlich NF. 14.—. Best. durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Crédit Commercial de France, Paris, C. C. P. 1065, mit Vermerk: Compte Etranger Suisse 644.286. — Italien-Vatikan: Jährlich Lire 1800.—. Einzahlungen auf c/c 1/14444 Collegio Germanico-Ungarico, Via S. Nicolò da Tolentino, 13, Roma. — Oesterreich: Auslieferung, Verwaltung und Anzeigenannahme Verlagsanstalt Tyrolia AG, Innsbruck, Maximilianstraße 9, Postcheckkonto Nr. 142.181 (Redaktionsmitarbeiter für Oesterreich Prof. Hugo Rahner). Jährlich Sch. 70.—. U.S.A.: Jährlich \$ 3.—.



CHRIST IN EINER NEUEN WELT

von BERNHARD HÄRING

Dies Buch geht alle Christen an! Aus der großen Schau des Glaubens erschließt Häring Auftrag und Wegweisung für die konkrete Situation.

448 Seiten, Leinen 13,85 DM

ERICH WEWEL VERLAG
FREIBURG IM BREISGAU

Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet: «Orientierung», Zürich